

Wer wir sind und was wir wollen

Bürgerplattform für eine Erneuerung der politischen Kultur

Wir sind ein parteiunabhängiger Zusammenschluss Kölner Bürgerinnen und Bürger, die folgende Überzeugung eint: *Die Zerstörung des Stadtarchivs ist die schmerzhafteste, nicht aber die einzige Folge von Versäumnissen und Verantwortungsdefiziten in den Spitzen von Politik, Verwaltung und kommunalen Betrieben. Weitere wohlbekannte Folgen sind Konzeptions- und Abstimmungsmängel, kurzsichtige Stadtentwicklungsentscheidungen, Vetternwirtschaft und Geldverschwendung bei städtischen Projekten sowie der Trend zur Verwahrlosung der Stadt und der kommunalen Einrichtungen. All dies sind Symptome der gleichen Schwächen in der politischen Kultur. Die notwendige Umkehr dieser Entwicklung kann unserer Meinung nach nicht aus den etablierten Parteistrukturen heraus gelingen, sondern erfordert das unabhängige Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Dafür wollen wir eine Plattform bieten.*

Der 3. März 2009 war ein Weckruf an die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, die Zerstörung des Stadtarchivs gab den Anstoß zum Handeln. Ziel des Handelns ist die Veränderung der Verhältnisse, die diese Katastrophe möglich gemacht haben. Wir wollen die Tätigkeit der Entscheider in Rat, Verwaltung und kommunalen Betrieben kritisch beobachten, auf Mängel aufmerksam machen und – falls nötig – zur Einmischung der Bürgerschaft aufrufen.

Unsere Stadt wird schlecht regiert

Am Anfang unseres Engagements stand das Entsetzen über die Mischung aus Inkompetenz, fehlender Kontrolle und mangelhaftem Verantwortungsbewusstsein, die den Weg in die Katastrophe geebnet hat. Es folgte die Erkenntnis, dass dies nur die schmerzlichsten Symptome für den Allgemeinzustand unserer Stadt waren. Dauerhafte Missstände sind unter anderem: fehlende strategische Steuerung, Planungswirrwarr, die unbewältigte Finanzmisere, undurchsichtige Entscheidungswege und Interessenlagen in Politik und Verwaltung. Abgeschottetes Silodenken und schwerfällige Prozesse sowie fehlende personelle und persönliche Verantwortung für Ergebnisse behindern mögliche Verbesserungen. Übergeordnete langfristige Ziele sind nicht erkennbar.

Trotz bester Absichten und hoher Fachkompetenz der überwiegenden Mehrheit der 17.000 Mitarbeiter der Stadtverwaltung werden die Folgen dieser Missstände immer wieder an folgenden Problemen sichtbar: Fehlplanungen und Verschleierungen, Verzögerungen und Kostenüberschreitungen, Imageverlust sowie überhöhtem Krankenstand frustrierter und vielfach überlasteter Mitarbeiter. Von einer schwachen öffentlichen Hand profitieren dabei vor allem die stärksten „privaten Hände“, die ihre Interessen zum Nachteil des Gemeinwohls durchsetzen können. Und durch Fehlsteuerungen werden öffentliche Gelder auf Kosten der Allgemeinheit verschwendet.

Ansätze zur Reform der Verwaltung scheitern bisher daran, dass die gegenwärtigen Zustände das Ergebnis komplizierter gegenseitiger politischer Rücksichtnahmen und gewachsener personeller Besitzstände sind. Parteitaktische Ziele und Fraktionszwänge beeinflussen die Entscheidungsfindung im Rat oft in höherem Maße als Sachargumente und unabhängige Expertenmeinungen, die im Übrigen häufig gar nicht erst eingeholt werden. Von den Ratsmitgliedern wird erwartet, im Interesse der Bürgerschaft und des Gemeinwohls zu entscheiden, die Beschlussvorlagen aber erlauben ihnen häufig nicht, sich eine Meinung über mögliche Alternativen zu bilden und die ganze Tragweite der anstehenden Entscheidung zu überblicken. Dies gilt erst recht, wenn private Vertragspartner mit im Spiel sind.

Ein Wandel der politischen Kultur in Köln ist daher dringend erforderlich

Beschlussvorlagen aus der Verwaltung, die in der Bürgerschaft umstritten sind, sollten dem Rat unter Berücksichtigung fachlich begründeter Alternativen aus der Bürgerschaft vorgelegt werden, sofern es solche gibt. Zwar sind Beschlussvorlagen mit dem Wortlaut „Alternativen: keine“ inzwischen untersagt, aber nun wird als einzige Alternative genannt, auf das betreffende Vorhaben komplett zu verzichten. Dies bedeutet mit verändertem Wortlaut das Gleiche wie „Alternativen: keine“, und damit ist die politische Gestaltungsfreiheit der Ratsmitglieder genauso eingeschränkt wie vorher.

Wir möchten verhindern helfen, dass kurzfristige Fehlentscheidungen die langfristigen Entwicklungschancen dieser Stadt gefährden. Deshalb fordern wir, dass Sach-, Personal- und Finanzentscheidungen von Rat, Verwaltung und öffentlichen Unternehmen der Stadt Köln gemäß folgender Qualitätskriterien nachvollziehbar sind:

Kriterien für die Qualität kommunalpolitischer Entscheidungen

1. Durchschaubarkeit:
Wurde die Öffentlichkeit frühzeitig, umfassend und verständlich informiert? Wurde verdeutlicht, wem das Projekt nutzt und wem es schaden kann? Wurde eine Chancen/Risiken-Einschätzung vorgelegt und wie sehen Verträge mit gegebenenfalls an der Ausführung beteiligten Dritten aus?
2. Beteiligung:
Wurden Betroffene (z.B. Anwohner, Interessenorganisationen etc.) frühzeitig und verständlich informiert und einbezogen? Wurde der Rat externer Experten eingeholt? Wie wurde mit den Empfehlungen umgegangen?
3. Alternativen:
Wurde in Beschlussvorlagen über umstrittene Vorhaben deutlich gemacht, welche alternativen Vorschläge aus der Bürgerschaft vorliegen bzw. welche Einwände gegen die Maßnahme bestehen? Wurde überzeugend dargelegt, aus welchen Gründen diese gegebenenfalls übergangen werden sollten?
4. Nachhaltigkeit/Wirksamkeit:
Wurde verdeutlicht, welche langfristige Wirkung durch den Beschluss erzielt werden soll und wie geprüft wird, ob die angestrebten Ziele erreicht werden? Wurde dargelegt, wie sich das Vorhaben auf die Zielvorgaben des „Leitbild Köln 2020“ auswirkt?
5. Wirtschaftlichkeit/Sparsamkeit:
Wie wurde gewährleistet, dass der Beschluss die langfristig wirtschaftlichste Lösung darstellt und nicht einfach nur kurzfristig am „billigsten“ ist? Wurde überzeugend dargelegt, inwieweit das Vorhaben das Ziel der Haushaltskonsolidierung fördert bzw. gefährdet. Ist nachvollziehbar, für welche kommunalen Aufgaben und Ziele durch den Beschluss gegebenenfalls weniger Ressourcen zur Verfügung stehen und wie wird dies begründet?

Die politischen Entscheider müssen ihre Verantwortung für eine effiziente Organisation und Führung der Verwaltung ohne Schonung von „Erbhöfen“ wahrnehmen und sich von einem Verantwortungsbewusstsein leiten lassen, das über den Horizont der nächsten Wahlen hinausreicht. Die persönliche Verantwortung ist dabei über die „Fraktionsdisziplin“ zu stellen.

Plattform für Themen der Stadtgesellschaft

Für diese Ziele bieten wir eine Plattform, um Kompetenz und fachliches Know-how aus der Bürgerschaft parteiunabhängig zu erschließen, zu bündeln und unabhängigen Meinungen Gehör zu verschaffen. Denn der politische Willensbildungsprozess kann nur gewinnen, wenn Bürgerinnen und Bürger ohne Zwang zur Rücksichtnahme auf parteitaktische Ziele und wirtschaftliche Eigeninteressen darin mehr Gewicht bekommen.

Dabei stützen wir uns auf die Arbeit zahlreicher Bürgerinitiativen, die sich gegen Fehlentwicklungen wehren bzw. eigene Entwicklungsvorstellungen vertreten. Wir informieren so gut wir können über ihre Arbeit und machen uns selbst die Punkte zu Eigen, die das Gemeinwohl der gesamten Stadtgesellschaft betreffen.

In diesem bürgerschaftlichen Engagement sehen wir eine Ergänzung zu der aufwändigen Arbeit der gewählten Vertreter/innen der Bürger in den Fachausschüssen des Rates und in den Bezirksvertretungen, die wir ausdrücklich würdigen. Wir wünschen uns Kooperation auf der Suche nach der jeweils besten Lösung mit Unterstützung durch Expertise aus der Stadtgesellschaft. Die politische Vertretung könnte durch eine solche Praxis von parteipolitischen Rücksichtnahmen, den Vorgaben der Verwaltung und den gern ins Feld geführten „Sachzwängen“ unabhängiger werden.

Unsere Mittel sind:

- Wir beobachten die Tätigkeit von Rat, Verwaltung und Ausschüssen, um auf erkennbare Fehlentwicklungen öffentlich aufmerksam zu machen;
- Wir sammeln und entwickeln Sachargumente, mit denen Bürger auf die kommunalpolitische Entscheidungsfindung einwirken;
- Wir organisieren bzw. fördern und unterstützen Diskussionsveranstaltungen zu kontrovers diskutierten Themen;
- Wir zeigen mittels der „Ständigen Bürgervertretung“ an den Montagen vor jeder Ratsitzung und besonderen Anlässen Flagge vor dem Rathaus;
- Wir unterstützen gegebenenfalls die Mobilisierung der Bürgerschaft gegen Entscheidungen, die unserer Stadt zu schaden drohen.

Dabei versteht es sich von selbst, dass wir nur solche Themen bearbeiten, zu denen sich kompetente Menschen finden, die gemeinsam fachlich fundierte Vorschläge und Argumentationen entwickeln. Wir haben weder den Anspruch, noch die notwendigen Ressourcen, um als „alternativer Stadtrat“ oder „zweite Stadtverwaltung“ alles „besser wissen“ zu wollen.